

der Initiatoren der Unterschriftenaktion der Zentralen Arbeitsstelle zur Vorbereitung der Pastoral-synode in Dresden übergeben. Gleichzeitig erfolgte die Zustellung an den Vorsitzenden der Berliner Ordinarrienkonferenz (in der „Neuen Zeit“ heißt es am 4. 8. 72 in einer Art Vorgriff auf die im Brief enthaltenen Vorstellungen: „dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz in der DDR“), Kardinal *Bengsch*.

Auch die Synode wird in dem Aufruf direkt angesprochen. Die Unterzeichner erwarten von ihr „die Möglichkeit, den Standpunkt der Kirche in der DDR zu den hier aufgezeigten Fakten zu überprüfen und neu zu formulieren.“ „Wir bitten alle, die für die Pastoral-synode Verantwortung tragen, darum bemüht zu sein, daß diese Möglichkeit als eine große Chance für unsere Kirche recht genutzt wird.“ Aufgefallen ist die unterstützende *Aktivität der „Nationalen Front“*. Obwohl deren Schützenhilfe von offizieller Seite wohlweislich verschwiegen wird, ist bekannt, daß sie ihren Apparat zur Verfügung stellte, um das gesteckte Ziel von 30 000 Unterschriften zu erreichen. Von den Werbemännern wurde teilweise mit der Behauptung gearbeitet, jede Unterschrift bedeute eine „Hilfe für den Hl. Vater“. Da jetzt nur noch von „mehreren tausend“ Unterzeichnern die Rede ist und außerdem bei den verschiedenen Kommentaren und Berichten der DDR-Presse jeweils nur wahllos einige Namen herausgegriffen werden, dürfte feststehen, daß das Ziel bei weitem nicht erreicht wurde.

Störmanöver gegenüber der Synode?

Schon vor der Veröffentlichung des Textes hatte der Ostberliner Generalvikar *Th. Schmitz* in einem Schreiben an die Priester der Diözese erklärt, daß „es sich bei dem Verfasserkreis des vorgelegten Textes nicht um ein entsprechend der Wahlordnung zur Pastoral-synode anerkanntes kirchliches Gremium handelt“. Das Papier kann damit als eine der vielen privaten Synodeneingaben behandelt werden. Die Frage der versuchten „fremden Beeinflussung“, die das gesamte Synoden-Unternehmen zum Scheitern bringen könnte, ist allerdings damit noch nicht vom Tisch.

Das von den Autoren geforderte Be-

kenntnis zur DDR klammert selbstverständlich alle Punkte aus, die es wegen der Religionspolitik der SED der Kirche so schwer machen, den Staat zu bejahen. Das Vorpapier 5 („Apostolat und Welt-dienst“) der Synode spricht da viel konkreter. So heißt es z. B.: „Die grundsätzliche Festlegung des Staates auf eine atheistische Weltanschauung wirkt sich in vielen Bereichen aus, besonders im Bildungswesen und in der Kultur. Auf diese Weise kommen viele Christen in Gewissensnöte und

Ein neuer Kirchenkonflikt in Jugoslawien?

Es ist nicht leicht, die gegenwärtigen Spannungen zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien bzw. in einigen seiner Republiken in der richtigen Perspektive zu sehen und sie weder unter- noch überzubewerten. Praktisch läuft dies auf die Frage hinaus, welche Gründe sich für diese Verschlechterung, die seit der kroatischen Krise um die Jahreswende 1971/72 zunehmend zu beobachten ist, erkennen bzw. mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen lassen. Handelt es sich um ein von der Parteiführung nicht oder nur teilweise gedecktes Vorpreschen einzelner antiklerikaler bzw. antikirchlich eingestellter Parteiorgane auf den unteren Ebenen, oder gehen die staatlichen Übergriffe auf Parteidirektiven höheren Ursprungs zurück? Bahnt sich etwa ein Kurswechsel an oder suchen antikirchliche Kreise im Schatten der kroatischen Krise alte Rechnungen zu begleichen?

Verhaftungen von Priestern und Laien

Seit gut einem halben Jahr lassen sich vor allem in Kroatien, Dalmatien und in Bosnien-Herzegowina zunehmend *staatliche Übergriffe in das kirchliche Leben* beobachten, die die Katholiken und die Bischöfe stark beunruhigen. Am augenfälligsten sind die Verhaftungen einzelner Priester und katholischer Laien und ihre Verurteilung, eine Welle von Presseangriffen gegen die kirchlichen Persönlichkeiten und Stellen, Hausdurchsuchungen kirchlicher Gebäude, Maßnahmen gegen kirchliche Zeitschriften und die Behinderung des Baus neuer Kirchen oder kirchlich-pasto-

zusätzliche Schwierigkeiten.“ Insofern ist das „Offene Wort“ wohl auch als Reaktion auf die Vorpapiere zu verstehen. Was die Neuregelung der Diözesangrenzen angeht, so wird man kirchlicherseits sicherlich alles daran setzen, um eine zusätzliche Belastung der Synode zu vermeiden. Die Frage selbst dürfte nach einem eventuellen Abschluß eines Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR besonders akut werden, doch übereilte Änderungen sind hier kaum zu erwarten.

raler Zentren. Weniger ins Auge springen die Diskriminierung sozial höher gestellter Katholiken, vor allem von Lehrkräften und Ärzten, und die Forcierung des atheistischen Weltanschauungsunterrichtes in den Schulen.

Die oft erst in jüngster Zeit bekanntgewordenen Fakten liegen zum Teil schon weiter zurück. Anfang August wurde z. B. der Vizerektor der Zagreber Universität, *I. Cicak*, ein aktiver Katholik, vor Gericht gestellt. Zusammen mit drei kroatischen Studentenführern wurden ihm konterrevolutionäre Angriffe auf den Staat und das föderative System vorgeworfen. Sie sollen unter den kroatischen Studenten eine terroristische und nationalistische „Falange“ ins Leben gerufen haben. Der Katholik *Cicak* war im Frühjahr 1971 von den Studenten gegen den offiziell von der Partei gestützten Kandidaten zum Vizerektor gewählt worden. Sofort hatten sich in der gelenkten Presse Vorwürfe gegen die Kirche erhoben, diese habe die Wahl manipuliert und ihren Einfluß mißbraucht. *Cicak* selbst wurde als „Klerikalist“ und „Klerikalnationalist“ beschimpft.

Im Mai 1972 wurde der Guardian des Franziskanerklosters in Tuzla (Bosnien), *Z. Bosnjakovic*, vom Kreisgericht wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gefängnisstrafen erhielten auch die mitangeklagten Laien *R. Borsic*, ein Rechtsanwalt, und *V. Divkovic*, ein Bibliothekar. Laut Anklage haben sie zusammen mit anderen Priestern und Laien in Tuzla ein Versammlungs- und Aktionszentrum ge-

gründet, wo sie sich unter dem Deckmantel „kirchlicher Tätigkeit“ mit Jugendlichen zur Diskussion über politische Ereignisse wie den Zagreber Studentenstreik getroffen hätten. Die Anklageschrift ließ jedoch erkennen, daß er verurteilt wurde, weil er in einem katholischen Jugendklub mit viel Erfolg tätig war. Die Hauptbeschuldigung, er habe „feindliche“, d. h. Emigrantenliteratur aus Rom mitgebracht, wurde vom Angeklagten mit Nachdruck bestritten. Ende Juli wurden in der gleichen Stadt Tuzla zwei kroatische Franziskaner, die in Österreich jugoslawische Gastarbeiter betreuen und in Ferien weilten, festgenommen. In ihrem PKW sollen von Emigranten herausgegebene „Broschüren feindlichen Inhalts“ gefunden worden sein.

In Dalmatien verhaftete und verurteilte man andere Geistliche, weil sie z. B. in kirchlichen Zeitschriften ein kroatisches Gebet veröffentlicht oder in ihren Kirchen kroatische Tafeln und Wappen aufgestellt hatten. Unter der neuen Führung wird ein solches „Vergehen“ als Verstoß gegen die Einheit des Vielvölkerstaates gewertet. Früher stellte es keinen Straftatbestand dar.

Katholische Presse und Lehrer als Zielscheibe

Die kommunistisch gelenkten Medien hatten sich u. a. die katholische Presse in Jugoslawien überhaupt, die katholische Nachrichtenagentur AKSA, die reformfreundige, mit innerkirchlichen Schwierigkeiten kämpfende Zeitschrift „Glas Koncila“ (Stimme des Konzils) sowie auflagenstarke katholische Kirchenkalender als Zielscheibe ausgesucht. Den Kirchenbau, der vor allem in Bosnien-Herzegowina stärker als je zuvor betrieben wird, suchte man dadurch zu behindern, daß man die Legalität der Spenden aus dem Ausland anzweifelt. Unter den emigrierten Spendern würden sich auch „staatsfeindliche Elemente“ befinden. Bisweilen kam es auch zu tätlichen Übergriffen der Polizei bei harmlosen kirchlichen Veranstaltungen (z. B. Gesangsabenden), wo die Teilnehmer verprügelt wurden. Nachträgliche Beschwerden verliefen meist im Sande.

Doch die Übergriffe sind nicht nur auf die katholische Kirche beschränkt. Das *serbisch-orthodoxe Patriarchat* veröffentlichte Ende Juni ein Kom-

munique, in dem es gegen die einmonatige Gefängnisstrafe für den Bischof von Zica, *Vasilije*, protestierte, vor allem gegen die nationalistische und chauvinistische Entstellung des wirklichen Vorfalles in Presse und Rundfunk. Der Bischof, der im Mai dieses Jahres verurteilt wurde, hatte im Oktober 1971 die Anordnung der Schulbehörde, daß Kinder an der Einweihung der Dorfkirche von Brezna nicht teilnehmen durften, als verfassungswidrig verurteilt. Die Heilige Synode, so hieß es im Komunique, erwarte von den Behörden nur die schlichte Einhaltung der eigenen Gesetze und Bestimmungen über die religiöse Freiheit, den gesetzlich erlaubten Religionsunterricht und den Bau neuer Kirchen.

Im autonomen Gebiet Kosovo hielt der „Bund der Kommunisten“ eigens eine Vollversammlung ab, um die „feindlichen Tätigkeiten des Klerus und der Religionen“ zu erörtern (vgl. „Rilindja“, 6. 7. 72 und Radio Belgrad, 5. 7. 72). Auf ihr wurde den orthodoxen Priestern vorgeworfen, sie würden sich zunehmend als Hüter der Nationalitäteninteressen aufspielen und auf öffentlichen Versammlungen nationalistische Reden halten. Der katholischen Kirche schob man „perfide Tätigkeiten“ in die Schuhe, da sie den Staat als unfähig hinstellte, bestimmte Probleme zu lösen.

Am härtesten trifft den einzelnen öffentlich engagierten Katholiken immer noch die *gesellschaftliche und berufliche Diskriminierung*. Sozialer Aufstieg ist für sie praktisch unmöglich. Besonders religiös aktiven Lehrkräften in den Schulen werden administrative Maßnahmen bis zum Verlust des Arbeitsplatzes angedroht. Als typisches Beispiel dafür kann eine wenn auch schon zurückliegende Erklärung des Vorsitzenden des Landeskomitees der Partei im autonomen Gebiet Vojvodina (Nordserbien), *M. Canadanovic*, angeführt werden. Nach dieser muß ein Lehrer aktiv gegen die Religion sprechen, ein Totschweigen genüge nicht. Wenn er dies nicht tue, könne er nicht an einer sozialistischen Schule unterrichten.

Bischöfe protestieren, die Partei warnt

Speziell gegen diese Äußerung hatte der Bischof von Fiume, *V. Buric*, protestiert und sie als verfassungswidrig gebrandmarkt. Einen scharfen Pro-

test gegen die Zwangserziehung der Kinder im wissenschaftlichen Atheismus in den Schulen legte auch der Vorsitzende der jugoslawischen Bischofskonferenz, der Erzbischof von Zagreb, *F. Kuharić*, ein und forderte in einem Fastenhirtenbrief die Achtung vor dem Recht der Eltern auf christliche Erziehung der Kinder. Auf ihrer diesjährigen Frühjahrssitzung hatte sich die jugoslawische Bischofskonferenz geschlossen hinter diese von der kommunistischen Presse angegriffene „gesellschaftspolitische“ Einmischung des Zagreber Erzbischofs gestellt.

Diese zunehmenden Spannungen lösten unter den Katholiken und Bischöfen große Unruhe aus. „Glas Koncila“ forderte eine klare Aussage der Parteispitze, damit nicht der Eindruck entstehe, man steuere bewußt einen Kollisionskurs an. Zwar hatte *Z. Frid*, der Vorsitzende der Regierungskommission für religiöse Angelegenheiten in Kroatien, bereits Ende Februar versichert, die Religionspolitik in Kroatien bleibe unverändert. Doch der gleiche Frid erklärte kurz vor der Präsidiumssitzung der jugoslawischen KP vom 11./12. Juli auf der Insel Brioni, die katholische Kirche mische sich in unzulässiger Weise zunehmend in die Politik ein. „Bestimmte Kreise“ des Klerus betrieben antimarxistische und nationalistische Aktivitäten und würden die Kirche als einzigen Hort der kroatischen Nationalinteressen hinstellen. Ähnliche Tendenzen zeigten sich auch in der serbisch-orthodoxen Kirche.

Das Präsidium der Partei veröffentlichte zum Abschluß der Sitzung eine Resolution, in der sie die Kirchen warnte, sich in die Politik einzumischen. Die gleichen mehr oder weniger spezifizierten Vorwürfe wurden der Kirche schon seit einiger Zeit in den Massenmedien gemacht. Doch will man anscheinend den Konflikt begrenzen. Denn kurz danach warnte Frid im Zagreber „Vjesnik“ (17. 7. 72) die eigenen Genossen vor einem „Generalangriff“ auf die ganze katholische Kirche Jugoslawiens. Man würde in überholte Positionen zurückfallen, wollte man — wie von einigen vorgeschlagen — der Kirche grundsätzlich die Erteilung von Religionsunterricht, den Bau von kirchlichen Objekten sowie jede Arbeit unter Kindern und Jugendlichen verbieten.

Tiefverwurzeltes Mißtrauen

Wie ist diese neue Zuspitzung zu beurteilen, und welche Gründe stecken dahinter? Es fällt auf, daß die Verschärfung der beiderseitigen Beziehungen zeitlich parallel zur kroatischen Krise verlief und sich in dieser Teilrepublik am stärksten auswirkte. Diesen Zusammenhang legen auch die gegen die Kirche pauschal erhobenen Vorwürfe des Klerikalismus, Chauvinismus und Nationalismus bis hin zum Separatismus nahe. Andererseits blieben Dalmatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien von den Spannungen nicht völlig verschont. Als ruhige Insel erwies sich lediglich Slowenien, wo es bis heute zu keiner Verschärfung der Lage gekommen ist. Dazu hat das klare Bekenntnis des Erzbischofs von Laibach, *J. Pogačnik*, zum Nationalitätenstaat, das er im April bei einem Empfang der staatlichen slowenischen Kirchenkommission in Anwesenheit aller slowenischen Bischöfe und von über 100 Priestern ablegte, nicht unerheblich beigetragen. Noch offene Fragen zwischen Kirche und Staat müßten mit einem hohen Maß an Realismus und Toleranz gelöst werden, hatte der Vorsitzende der Kommission, *P. Bojc*, erwidert.

Bis jetzt gingen die Übergriffe so gut wie ausschließlich auf das Konto der örtlichen Behörden und Parteiorgane. Dies deutet darauf hin, daß die Verschärfung nicht auf einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Kirchenpolitik zurückgeht, auch wenn davon gesprochen wird, daß z. B. die Diskriminierung katholischer Lehrkräfte auf einer internen Parteienweisung beruhe. Eher muß damit gerechnet werden, daß durch das Hochspielen des kroatischen Nationalismus ein überhitztes politisch-gesellschaftliches Klima erzeugt wird, in dem auch antiklerikale und antikirchliche Tendenzen neuen Auftrieb erhielten.

Hinzu kommt, daß das Verhältnis von Gläubigen und parteigebundenen atheistischen Staatsbürgern zum großen Teil immer noch von Angst, Mißtrauen und Argwohn bestimmt ist. Dies stellte der bekannte Konzilstheologe *T. Sagi-Bunić*, Schriftleiter des katholischen Intellektuellenblatts „*Svesci*“, in einer schon länger zurückliegenden Artikelreihe in „*Glas Koncila*“ fest.

Im Anschluß an diese Reihe war es in der Öffentlichkeit zu einer Diskus-

sion über die Stellung des gläubigen Staatsbürgers in der sozialistischen Gesellschaft gekommen. *Sagi-Bunić* wies mit Nachdruck darauf hin, daß gerade die den Katholiken immer noch vorenthaltene Rechtsgleichheit im öffentlichen Leben den Keim zu einem kirchlichen Klerikalismus und zur Versuchung von sog. „Parallelstrukturen“ (katholische Parteien, Gewerkschaften, Verlage usw.) lege.

Nach der Wahl des neuen Ökumenischen Patriarchen

Am Sonntag, 16. Juli 1972, wurde der Metropolit von Imbros und Tenedos zum Nachfolger des am 7. Juli verstorbenen Ökumenischen Patriarchen Athenagoras gewählt (vgl. HK, August 1972, 388). Unter dem Namen *Dimitrios I.* wird er die Kirche von Konstantinopel leiten und zugleich als „Ökumenischer Patriarch“ unter den Oberhäuptern der 16 (oder 19 oder 18) autokephalen und autonomen orthodoxen Kirchen der byzantinischen Tradition den ersten Platz einnehmen — einen Ehrenvorsitz, wenn man so sagen will; er gibt seinem Inhaber keine „Macht“ oder Jurisdiktion über die anderen Kirchen der Orthodoxie, doch bietet er unter Umständen manche Möglichkeit, Initiativen im Dienste aller zu ergreifen. Patriarch Athenagoras hat besonders im letzten Jahrzehnt seines Lebens Gebrauch von diesem Vorzug seiner interorthodoxen Stellung gemacht.

Die Wahl war eine Überraschung

Dimitrios, mit dem bürgerlichen Namen Papadopulos, ist in Tarabya (Therapeia) bei Istanbul, am Ufer des Bosphorus, im Jahre 1914 geboren. Sein Heimatort ist für uns Deutsche eine Stätte der Erinnerung: Im Garten der deutschen Botschaft, die hier ihren Sitz hat, liegt ein Ehrenfriedhof für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs mit dem Grab des Generalfeldmarschalls von der Goltz Pascha. Siebzehnjährig bezog Papadopulos die Hochschule von Chalki. 1937 wurde er zum Diakon, 1942 zum Priester geweiht, nach Studien und praktischer Einübung auch in Griechenland und Kanada. Drei Jahre wirkte er für die orthodoxe Diaspora in Teheran, deren Gemeinde er

Doch diese Versuchung sei nur die Folge der Randsituation der Katholiken in der Gesellschaft. Nicht zuletzt aber wird auch die stets latente, mit der kroatischen Krise hochgespielte Furcht der Partei vor dem Verlust der staatlichen Einheit, mag sie mehr schlecht als recht begründet sein — wie *M. Djilas* erst jüngst noch ausführte (vgl. „Die Zeit“, 28. 7. 72) — mitgespielt haben.

aufbaute. Dann war er als Seelsorger in der Türkei eingesetzt (*Feriköj*). 1964 wurde er Hilfsbischof von Konstantinopel mit dem Titel von Elaia. Erst am 15. Februar 1972 wurde er zum Metropolit von Imbros und Tenedos bestellt. Sein Weg zum Patriarchat war nach allem, was wir bisher wissen, wesentlich durch *pastorale Tätigkeit* bestimmt.

Seine Wahl freilich durch die Synode der Kirche von Konstantinopel, die sich zu diesem Augenblick aus 15 Mitgliedern zusammensetzte, stellt eine echte Überraschung dar. In den Tagen nach dem Tod des Patriarchen hatte die westliche Presse verschiedene Namen, besonders den des bisherigen engen Mitarbeiters des Verstorbenen, des Metropoliten *Meliton* von Chalkedon, als mögliche Kandidaten genannt (vgl. epd. v. 13. 7. 72). Man äußerte daneben auch ernste Befürchtungen über den weiteren Bestand des Patriarchats in Istanbul (vgl. FAZ, 11. 7. 72).

Tatsächlich wurden *Gespräche zwischen der türkischen und griechischen Regierung* im Blick auf die Patriarchenwahl geführt, letztere ließ sich von der Loyalität der Regierung *Melen* in Ankara überzeugen. Doch hatte diese selbst Anlaß zu Besorgnissen in Griechenland wie zu allerlei Vermutungen im Westen gegeben. So hatte sie dem Metropolit Jakobos von Nord- und Südamerika die Einreise in die Türkei zur Teilnahme an der Beisetzung verweigert. Von der Synode verlangte man die Vorlage einer Liste von wenigstens drei Kandidaten innerhalb 72 Stunden. Der Gouverneur von Istanbul hatte zudem die Anwesenheit eines Notars beim Wahlakt gefordert; von dieser Forderung wollte die Regierung indes